

KOMMUNIQUE ZUM INFORMATIONSTREFFEN DER FÜHRER DER MITGLIEDSTAATEN DES WARSCHAUER VERTRAGS ZUM THEMA DES AMERIKANISCH-SOWJETISCHEN TREFFENS VON MALTA AM 4. DEZEMBER 1989 IN MOSKAU

Am 4. Dezember 1989 fand ein Informationstreffen der Führer der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags statt. M. S. Gorbatschow unterrichtete die Führer der verbündeten Länder ausführlich über seine Gespräche mit dem Präsidenten der USA, G. Bush, am 2. und 3. Dezember 1989. „Am Vorabend der Begegnung von Malta“, hob er hervor, „konsultierten wir schriftlich mit unseren Verbündeten, und vereinbarten, daß wir bei der Erörterung der Lage in der Welt und in Europa - sowohl im Ganzen wie auch im östlichen Teil des Kontinents - von Positionen ausgehen werden, die mit ihnen abgestimmt sind. Davon ließ sich auch die sowjetische Seite bei dem informellen Meinungsaustausch zu einem weiten Kreis drängender Probleme in der internationalen Lage mit dem amerikanischen Präsidenten leiten.“

Die Gespräche mit G. Bush zeigten die Fruchtbarkeit des neuen politischen Denkens und bekräftigten die Notwendigkeit, aber vor allem die Möglichkeit der Kopplung der Interessen von Staaten unabhängig von ihren politischen und gesellschaftlichen Systemen. Die Atmosphäre der Offenheit und Unvoreingenommenheit, die sich von Anfang an der Begegnung eingestellt hatte, hat es erlaubt, einen konstruktiven Meinungsaustausch praktisch zu allen gewichtigen internationalen Problemen der Gegenwart durchzuführen und grundlegende Fragen der zweiseitigen sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu erörtern.

Bedeutender Raum wurde den verschiedenen Komponenten der Veränderungsprozesse gewidmet, die in Osteuropa vor sich gehen und die eine tiefe und mehrdeutige Wirkung auf die Tendenzen der europäischen und weltweiten Entwicklung ausüben. Von beiden Seiten wurde auf die Wichtigkeit einer Gewährleistung von Stabilität verwiesen, die nicht nur ausnahmslos allen europäischen Staaten das Gefühl von Sicherheit und Vertrauen vermittelt, sondern auch die Zukunft der im Entstehen begriffenen und daher noch zarten, gesamteuropäischen Strukturen garantiert.“

Bei der Bewertung der Entwicklungsperspektiven für die Ost-West-Beziehungen unter Berücksichtigung der Wandlungen, die in beiden Teilen des europäischen Kontinents vor sich gehen, hob M. S. Gorbatschow die Bedeutung einer weiteren Verringerung des Niveaus der militärischen Konfrontation und der Achtung der in Europa bestehenden Staatsgrenzen hervor. Realismus zwingt dazu, von der Beibehaltung der entstandenen Bündnisse in der überschaubaren Zukunft auszugehen: der NATO und der Organisation des Warschauer Vertrags. Sie können ihren Beitrag zu einer Festigung der europäischen Sicherheit als politische Bündnisse erbringen, indem sie zu einer Brücke auf der Grundlage hoher gemeinsamer Verantwortung werden.

M. S. Gorbatschow berichtete auch über die Ergebnisse seines Besuches in Italien und die Gespräche mit der italienischen Führung, über seine Begegnung im Vatikan mit Papst Johannes II.

Auf dem Treffen gaben P. Mladenow, R. Nyers, H. Modrow, W. Jaruzelski, N. Ceauşescu und K. Urbanek kurze Erklärungen ab. M. S. Gorbatschow unterstrich zum Abschluß der Begegnung die Bedeutung einer engen gegenseitigen Zusammenarbeit und der

Erneuerung der Form und Methoden der Aktivität der Organisation des Warschauer Vertrags unter den gegenwärtigen Bedingungen. Dies erfordere die weitere Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses auf der Grundlage des Interessenausgleichs aller Staaten des Kontinents.

An der Begegnung, die in einer freundschaftlichen Atmosphäre verlaufen ist, haben teilgenommen:

Von der Volksrepublik Bulgarien: P. Mladenow, G. Atanassow, D. Stanischew, B. Dimitrow; von der Ungarischen Republik: R. Nyers, M. Németh, F. Somogyi; von der Deutschen Demokratischen Republik: E. Krenz, H. Modrow, O. Fischer; von der Polnischen Volksrepublik: W. Jaruzelski, T. Mazowiecki, M. Rakowski, K. Skubiszewski; von der Sozialistischen Republik Rumänien: N. Ceaușescu, C. Dascalescu, C. Oltenau, I. Stoian; von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: M. S. Gorbatschow, N. I. Ryschkow, E. A. Schewardnadse, A. N. Jakowlew; von der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik: K. Urbanek, L. Adamec, A. Šaling, J. Johanes.

Erklärung der Führungspolitiker Bulgariens, Ungarns, der DDR, Polens und der Sowjetunion zum Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968, am 4. Dezember 1989 in Moskau verabschiedet

Die Führungspolitiker Bulgariens, Ungarns, der DDR, Polens und der Sowjetunion, die am 4. Dezember 1989 zu einer Begegnung in Moskau versammelt sind, erklärten, daß die 1968 durchgeführte Hineinführung von Truppen ihrer Staaten in die ČSSR eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der souveränen Tschechoslowakei gewesen sei und verurteilt werden müsse.

Diese unrechtmäßigen Handlungen haben den Prozeß der demokratischen Erneuerung in der ČSSR unterbrochen und hatten lang anhaltende negative Folgen. Die Geschichte hat bestätigt, wie wichtig es ist, selbst in der kompliziertesten internationalen Lage politische Mittel zur Regelung jeglicher Probleme zu verwenden sowie die Prinzipien der Souveränität, der Unabhängigkeit und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten in den Beziehungen zwischen Staaten strikt einzuhalten, wie es den Statuten des Warschauer Vertrages entspricht.

Erklärung der sowjetischen Regierung vom 4. Dezember 1989 zum Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968

Die tschechoslowakische Gesellschaft befindet sich in einem Stadium der kritischen Verarbeitung der Erfahrungen ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Dies ist ein natürlicher Prozeß, den viele Länder so oder anders durchmachen. Leider ist die Notwendigkeit einer ständigen sozialistischen Erneuerung und einer realistischen Bewertung der stattfindenden Ereignisse nicht immer selbstverständlich gewesen. Besonders in Situationen, als derartige Ereignisse sich in widersprüchlicher Weise miteinander verflochten und die Herausforderungen der Zeit kühne Antworten verlangt hatten.

1968 hat die damalige sowjetische Führung im inneren Streit in der Tschechoslowakei um die objektiv herangereiften Aufgaben die Position der einen Seite eingenommen. Die

Rechtfertigung einer derartigen unausgewogenen, inadäquaten Haltung, der Einmischung in die Angelegenheiten eines befreundeten Landes erschien damals in der scharfen Konfrontation zwischen West und Ost.

Wir teilen den Standpunkt des Präsidiums des ZK der KPČ und der Regierung der ČSSR, daß der Einmarsch der Armeen fünf sozialistischer Länder über die Grenzen der Tschechoslowakei im Jahr 1968 nicht begründet war und die Entscheidung dazu im Lichte aller jetzt bekannten Tatsachen falsch war.

[Quelle: Europa-Archiv, 3/1990, D 71-72.]